

Sicherheit steht an erster Stelle



Ob Exxon in Drensteinfurt einen Bohrplatz wie hier in Bad Laer einrichtet, ist noch offen.

Drensteinfurt - Große Aufregung herrscht seit Monaten wegen der von ExxonMobil geplanten Gasbohrungen auf Drensteinfurter Gebiet. Das Projekt stößt bei vielen Bürgern und Interessengruppen auf Widerstand. Dieser wird nicht nur in Leserbriefen und der Gründung einer Bürgerinitiative deutlich. Nur ein entscheidender Beteiligter hielt sich bislang bedeckt: die rot-grüne Landesregierung in Düsseldorf. Doch gestern Morgen musste das Wirtschaftsministerium Farbe bekennen. Auf Anfrage der FDP-Fraktion im Wirtschaftsausschuss legte Wirtschaftsminister Harry K. Voigtsberger dem Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie einen Bericht vor, aus dem deutlich wird, dass die Landesregierung der Erdgasförderung aus unkonventionellen Lagerstätten grundsätzlich durchaus positiv gegenüber steht, auch wenn die möglichen Risiken und Gefahren klar angesprochen werden.

In dem unserer Zeitung vorliegenden Bericht heißt es, dass die Landesregierung - im Gegensatz zur Bundesregierung - auf einen Erzeugermix aus erneuerbaren und konventionellen Energien mit einem Schwerpunkt auf Gasgewinnung setze und nicht auf die im Energiekonzept der Bundesregierung vorgesehene Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken.

„Der nationale Erdgasverbrauch wird derzeit zu zirka 85 Prozent mit steigender Tendenz über Importe zum Teil aus geopolitisch instabilen Regionen gedeckt. Nach Einschätzung der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) könnte eine Erdgasförderung zukünftig einen signifikanten Beitrag zur heimischen Erdgasversorgung leisten und damit die Versorgungssicherheit erhöhen“, heißt es in dem Voigtsberger-Papier. Der Minister schränkt aber sofort ein, dass, sollten Umweltschäden zu erwarten sein, „etwa wie sie in den USA eingetreten sein sollen“, die Aktivitäten von Exxon nicht genehmigungsfähig seien. Der Schutz des Grundwassers sei auf jeden Fall sicherzustellen.

Zum Verfahren der Erteilung einer Bohrgenehmigung schreibt Voigtsberger, dass nicht nur, wie im Bergbaurecht vorgeschrieben, die Bezirksregierungen (obere Wasser- und höhere Landschaftsbehörde) sowie der Geologische Dienst des Landes NRW beteiligt werden sollen. Auch wenn eine Öffentlichkeitsbeteiligung rechtlich nicht vorgeschrieben sei, möchte die Landesregierung diese in diesem Fall durchführen und Dialogprozesse organisieren. Eine Verseuchung des Grund- und Trinkwassers durch die beim Fracking-verfahren eingesetzten Chemikalien sieht die Landesregierung als nicht sehr wahrscheinlich an. Die genehmigungsrechtlichen und auch die geologischen Begebenheiten in NRW unterschieden sich zum Teil deutlich von denen in den USA. Die Gas führenden Kohleflöze lagerten in den Vereinigten Staaten zumeist in geringer Tiefe und näher an den Grundwasser führenden Schichten als im Münsterland, wo diese deutlich tiefer (über 1000 Meter) anzutreffen seien. Sollten dennoch Gefahren für die Umwelt lauern, wäre laut Voigtsberger eine Zulassung des Vorhabens zu versagen.

In dem detaillierten Bericht weist das Wirtschaftsministerium zudem darauf hin, dass durch die Förderung leichte Erderschütterungen nicht ausgeschlossen werden könnten und gegebenenfalls auch Materialien zu Tage gefördert werden könnten, die natürlich bedingte Radioaktivität aufwiesen und deshalb nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften entsorgt werden müssten.

Voigtsberger berichtet, dass ExxonMobil angekündigt habe, den gesamten Prozess durch unabhängige Wissenschaftler und Experten begleiten und kontrollieren zu lassen. Ziel müsse es sein, etwaige Umwelteinflüsse insbesondere auf das Grundwasser zu untersuchen und sicher auszuschließen. Dazu solle ein Arbeitskreis mit Vertretern der zuständigen Behörden, der Wasserversorger und mit Repräsentanten der Gemeinden eingerichtet werden.

„Ich halte den Bericht für ausgewogen“, urteilte der FDP-Landtagsabgeordnete Dr. Stefan Romberg. „Er zeigt klar die Risiken auf. Es wird gesagt, dass wissenschaftliche Experten eingeschaltet werden sollen. Außerdem ist ein Dialog vorgesehen, auch wenn dieser im Bergrecht nicht vorgesehen ist.“

Romberg kritisiert aber deutlich die unterschiedlichen Positionen der Grünen auf Landesebene und vor Ort. „Auf allen Versammlungen vor Ort sagen die Grünen, die Bohrungen seien des Teufels“, sagt der Drensteinfurter. „In der Regierungsverantwortung sieht das ganz anders aus. Das finde ich unehrlich.“

Sauer ist Romberg, dass die Landesregierung einen von ihm Anfang Dezember bezüglich der beim Fracking verwendeten Chemikalien noch nicht beantwortet hat. Dies hätte binnen vier Wochen geschehen müssen.

Bürgermeister Paul Berlage ist zufrieden, „dass sich die Landesregierung gerade im Bezug auf den Umweltschutz so klar positioniert hat“. Die Schwelle, das Vorhaben bei Gefahren und Risiken zu versagen, werde sehr niedrig angesetzt. Erfreulich sei auch, dass Arbeitskreise eingerichtet würden, so dass die Beteiligten auch vor Ort über alle Schritte informiert würden.

VON **STEFAN KROES**, DRENSTEINFURT

12 · 01 · 11

WERBUNG

In Not: Kriegsflüchtlinge

Spenden Sie für Flüchtlinge dem
Irak - Spenden Sie online

www.uno-fluechtlingshilfe.de

Google-Anzeigen (gemeinnützig)

URL: http://www.westfaelische-nachrichten.de/lokales/kreis_warendorf/drensteinfurt/1477544_Sicherheit_steht_an_erster_Stelle.html

© Westfälische Nachrichten - Alle Rechte vorbehalten 2011